



Dringliches Postulat 27

Eingang Stadtkanzlei: 22. Oktober 2020

Keinen Steuerfranken für das WEF!

Das World Economic Forum WEF wird im Mai 2021 auf dem Bürgenstock durchgeführt. Während der Luzerner Regierungsrat den Superreichen und den politischen Eliten Luzern als Zauberstadt am Zaubersee in den Zauberbergen präsentieren möchte, sollen der Bevölkerung die negativen Begleiterscheinungen zugemutet werden.

Der elitäre Club der WEF-TeilnehmerInnen will seinen Einfluss auf die Politik vergrössern und Entscheidungen über die Köpfe der Bevölkerung hinweg treffen. Für die Sicherheitskosten sollen die SteuerzahlerInnen aufkommen. Die erwarteten positiven Effekte für die Gastro-, Hotellerie- und Tourismusbranche können die massiven Sicherheitskosten und Freiheitseinschränkungen auf keine Art und Weise rechtfertigen.

Der Regierungsrat legt nun zusammen mit dem Kanton Nidwalden, dem Bürgenstock Resort und dem WEF eine Projektorganisation mit kantonalen und städtischen Behördenvertretern, Tourismus- und Wirtschaftsleuten auf. Es ist davon auszugehen, dass in der Projektorganisation auch VertreterInnen der Stadt Luzern Einsitz nehmen sollen.

Die PostulantInnen sind der Ansicht, dass es erstens grundsätzlich nicht angebracht ist, dass die Stadt Luzern resp. die Bevölkerung der Stadt Luzern sich in irgendeiner Form finanziell am WEF beteiligt. Zweitens durchleben zahlreiche Menschen in der Stadt Luzern wirtschaftlich, persönlich und sozial aufgrund der Corona-Pandemie eine sehr schwierige Zeit. Vor diesem Hintergrund wäre es zusätzlich extrem stossend, wenn Steuergelder für die reiche Weltelite statt für die Interessen der Bevölkerung verwendet werden.

Der Stadtrat wird gebeten, keinerlei Steuergelder für Beiträge zur Durchführung des WEF zur Verfügung zu stellen. Auch sollen keine sicherheitsrelevanten Veranstaltungen in Luzern stattfinden. Im Weiteren sollen keinerlei VertreterInnen der Stadtverwaltung und des Stadtrates an WEF-Anlässen teilnehmen, welche unter Ausschluss der Bevölkerung stattfinden.

Claudio Soldati und Yannick Gauch
namens der SP-Fraktion